

NDR 28.04.2014

Salzwasser-Pipeline: Bund will Gutachten

In dem Konflikt um die mögliche Versalzung von Werra und Weser hat sich nun der Bund eingeschaltet. Er will die bisher gemachten Lösungsvorschläge von einem unabhängigen Institut vergleichen lassen. Das geht aus einem Positionspapier von örtlichen SPD-Abgeordneten hervor. Der Düngemittel-Hersteller K+S aus Kassel (Hessen) will salzhaltige Abwässer durch eine Pipeline direkt in die Oberweser einleiten, statt wie bisher den Umweg über die Werra zu nehmen.

Umweltministerin will ergebnisoffenes Gutachten in Auftrag geben

Mehrmals hatten die SPD-Parlamentarier Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gebeten, selbst aktiv zu werden und ein unabhängiges Gutachten im Auftrag zu geben. So soll geklärt werden, welcher Entsorgungsweg die geringsten Umweltschäden verursacht. Nun hat die Ministerin nach Angaben der SPD-Abgeordneten eingelenkt: **Das Umweltministerium werde ein ergebnisoffenes Gutachten in Auftrag geben. Wer das Gutachten erstellt, ist noch offen. Im Gespräch ist das Umweltbundesamt.**

Können die Laugen schon am Produktionsstandort entsorgt werden?

Geprüft werden soll unter anderem auch, ob die Abfallaugen über moderne Trennverfahren am Produktionsstandort entsorgt werden können. Für diesen Fall müssten die Laugen vermutlich nicht mehr in Werra und Weser eingeleitet werden. Auch die Lösung einer Nordseepipeline wäre wahrscheinlich vom Tisch. Wichtig: Der Bund kann nicht entscheiden, die Länder sind dafür zuständig. **Wenn die Gutachter des Bundes aber eine Lösung empfehlen, könnten sich die anderen Akteure schwerlich über diese Empfehlung hinwegsetzen.**

Mindener Tageblatt 29.04.2014

Druck auf Salzwasser-Verursacher steigt

Bundesumweltministerium überprüft Filterung von Kali-Abwasser / SPD-Parlamentarier in Minden

VON STEFAN KOCH

Minden (mt). Das Bundesumweltministerium klärt derzeit, ob der nordhessische Düngemittelproduzent K+S durch eine Filterung seiner Abwässer die Weser salzfrei machen kann. Vor allem dies beschäftigte sechs SPD-Bundestagsabgeordnete betroffener Anrainerländer, die gestern in Minden waren.

Was die Kali-Lauge anrichten kann, führte Eckhard König, Vorsitzender des Schiffmühlenvereins, der Besuchergruppe am Montag vor: Metallbeschläge am Schaufelrad zerfrisst das Salzwasser im Nu - im kommenden Jahr wird das schwimmende Mahlwerk wieder in der Werft repariert. Und auch die Pioniere spülen nach dem Einsatz ihr amphibisches Gerät aus Gründen der Materialerhaltung mit Süßwasser ab.

Ginge es nach den Politikern der Werra- und Weseranrainer Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, gehören derartige Zustände bald der Vergangenheit an. Zumal die Europäische Union in ihrer Wasserrahmenrichtlinie fordert, dass die Gewässer der Gemeinschaft einen besseren Zustand erhalten sollen.

Doch das letzte Angebot, das den Politikern der Anrainerländer am Runden Tisch präsentiert wurde, erscheint unakzeptabel. Danach genehmigte die Kasseler Bezirksregierung der Firma K+S eine Pipeline vom Standort in Philippsthal bis zur Oberweser. Möglich ist damit, die Werra salzfrei zu halten, während die übrigen Weseranrainer weiterhin unter der Lauge leiden. Zudem wird ein 80 Hektar großes Speicherbecken im Raum Hofgeismar erforderlich, weil das Abfallprodukt nur bei Hochwasser in den Herbst- und Wintermonaten abgeleitet werden darf.

Andere Vorstellungen haben dagegen die SPD-Politiker, die gestern im Rahmen ihrer Oberweserbereisung in Minden vorbeikamen. Neben den sechs Bundestagsabgeordneten (MdB) und den Spitzen des Landkreises Kassel und des Kreises Minden-Lübbecke, nahmen Vertreter betroffener Städte der Region teil. Sie plädierten dafür, dass die Kali-Lauge vor Ort gefiltert wird, um das Abwasser rückstandsfrei in Werra und Weser abzuleiten. K+S hatte in einem Gutachten dargelegt, dass dies Verfahren aus wirtschaftlicher Sicht nicht machbar sei. Der Runde Tisch brachte ein Gegengutachten heraus. Seit März beschäftigt sich nun das Bundesumweltministerium mit einer weiteren unabhängigen Expertise in dieser Frage - derzeit wird geprüft, ob das Bundesumweltamt hierfür zuständig ist.

"Wir müssen mehr Druck machen, es geht nur durch eine geballte Initiative", sagte gestern die heimische SPD-Landtagsabgeordnete Inge Howe. "Die seit Jahren zu beklagende hohe Salzkonzentration in der Weser müssen wir ändern", so MdB Achim Post aus Minden. "Wir erwarten, dass ein Unternehmen wie K+S die richtige Lösung wählt und das ist keine Angelegenheit des Landes Hessen allein", erklärte MdB Gabriele Lösekrug-Möller (Wahlkreis Hameln-Pyrmont).

Neben der Filterung des Kali-Abwassers steht als weitere Möglichkeit der Transport über eine Pipeline bis zur Nordsee in der Diskussion. Doch auch davon hält die SPD nichts. Dr. Manfred Horter, Mitglied des Regionalrates OWL, hält dies schon allein wegen der Schutzaufgaben für das Wattenmeer für undurchführbar.

Ostghessen News 29.04.2014

SPD unterstützt Runden Tisch zur Zukunftssicherung der Kali-Industrie

29.04.14 - BAD HERSFELD - Der SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg begrüßt ausdrücklich, dass der Runde Tisch zur Zukunftssicherung der Kali-Rohstoff-Industrie sich für den Bau einer Pipeline ausgesprochen hatte. Die wertvolle Arbeit des Runden Tisches hat auch hier konzeptionell überzeugend gewirkt, ist sich der SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg einig. Vor diesem Hintergrund bezeichnen die Sozialdemokraten den Krach zwischen der CDU-geführten Landesregierung und deren Kreis-Organisation Kassel-Land als nicht hilfreich. Hatte sich doch die Kreis-CDU gegen den Bau einer Pipeline an die Oberweser ausgesprochen, die aber die neue CDU-geführte Landesregierung im schwarz-grünen Koalitionsvertrag ausdrücklich als eine der Maßnahmen zur Reduzierung der Werra-Versalzung gefordert hat.

Als „Ablenkungsmanöver“ bezeichnet der SPD-Unterbezirksvorsitzende Torsten Warnecke zudem die Forderung aus dem Landkreis Kassel nach einem zusätzlichen Gutachten durch das Bundesumweltministerium zum Thema „Eindampfung der flüssigen Fabrikationsrestmengen“. Sollen doch damit zunächst alle anstehenden Genehmigungsverfahren gestoppt werden. „Der Runde Tisch hat bereits ein Landes-Gutachten zu diesem Thema unterstützt und gefordert. Dieses wird nach Angaben der Hessischen Landesregierung voraussichtlich Ende Juni vorliegen. Dort werden die Öko-Effizienz und die Kosten-Effizienz als wesentliche Kriterien, neben der großtechnischen Machbarkeit, abgewogen. Wozu dann noch neue Gutachten, verbunden mit der Forderung alle Genehmigungsverfahren zu verschieben? Offenbar ist eine absehbare Senkung der Einleitung in die Werra im Landkreis Kassel doch nicht so wichtig. Das ist immerhin eine Erkenntnis“, so der SPD-Unterbezirksvorstand Hersfeld-Rotenburg einstimmig. +++